Herr Strack erläutert noch einmal kurz die Thematik und begrüßt die Absicht der Bundesregierung, die Kommunen bei der Gewerbesteuer zu entlasten. Allerdings wirke sich die Situation auf verschiedene Ebenen aus. Im Lauf der Zeit werde sich jedoch zeigen, wie vielfältig die Probleme seien. Als Beispiel nennt er den Bereich Einkommensteuer. Die Bitte an das Land heiße, den Rettungsschirm über die Gewerbesteuer hinaus aufzuspannen.

Frau Zorlu begrüßt die Vorgehensweise und hält diese für den richtigen Schritt. Der Rettungsschirm sei der erste Schritt, allerdings brauche man langfristige Hilfe. Die grundsätzliche Problematik für die Kommunen müsse mit parteiübergreifendem Handeln nachdrücklich verbessert werden.

Herr Strausfeld unterstützt diese Aussage, insbesondere sei der Begriff „parteiübergreifend“ wichtig.

In der Folge werden verschiedene Verständnisfragen geklärt.

Herr Scholz und Herr Meeser begrüßen den vorgesehenen Schritt ebenfalls, wobei Herr Scholz herausstellt, dass die Kommunen leider das Ende einer Kette seien und jede Unterstützung notwendig sei. Herr Meeser schlägt vor, die Forderung nach einer vollständigen Erstattung der Steuerausfälle und corona-bedingten Verluste in die Resolution zu übernehmen.

Der Bürgermeister und Herr Strack gehen hierauf ein. Der Bürgermeister macht deutlich, dass, egal wer die Kosten nun trage, der Steuerzahler immer belastet werde. Herr Meeser erinnert aber auch daran, dass die Steuereinnahmen in der jüngeren Vergangenheit gesprudelt seien. Davon müsse etwas bei den Bürgern ankommen. Insofern sei man sogar zu einer solchen Forderung nahezu verpflichtet.

Nachdem klar wird, dass eine erneute Abstimmung mit allen 19 Kommunen eher unrealistisch ist, verständigt man sich darauf, den Resolutionstext zu beschließen, ergänzt durch einen Beschluss des Rates im beantragten Sinne.

Herr Scholz erklärt sich mit dem Vorschlag einer separaten Erweiterung des Beschlusses einverstanden.

Der Bürgermeister stellt fraktionsübergreifend Zustimmung fest.

Herr Strack erläutert die Finanzierungstruktur und die Rolle des Landes, an das sich die Resolution richte. Das Land sei allerdings nur für einen Teil der Finanzierung zuständig.
Sofern der Rat im von Herrn Meeser beantragten Sinne beschließe, werde er zusätzlich zur heute zu verabschiedenden Resolution eine Formulierung erarbeiten und auf den Weg bringen.